Christian Sterzing

Zwei Staaten für ein Volk?

Der palästinensische Ministerpräsident Fayyad proklamierte vor zwei Jahren seine Absicht, bis August 2011 die innenpolitischen, ökonomischen und institutionellen Voraussetzungen für eine Staatsgründung zu schaffen. Nahost-Diplomaten in aller Welt zerbrechen sich seitdem den Kopf, wie auf diese „angedrohte" Staatsgründung zu reagieren sei. Die Vorstellung eines palästinensischen Staates erfordert derzeit tatsächlich erhebliche Phantasie. Nicht nur die israelische Regierung zeigt keinerlei Interesse an substanziellen Friedensverhandlungen, die zu einem solchen Staat führen könnten, auch auf der politischen Tagesordnung der internationalen Staatengemeinschaft ist der Nahost-Konflikt in den Hintergrund gerückt. Dieser diplomatische Stillstand ist nicht zuletzt der politischen Spaltung Palästinas geschuldet. Seitdem die fundamentalistisch-nationalistische „Islamische Widerstandsbewegung" Hamas im Juni 2007 gewaltsam die Kontrolle über den Gaza-Streifen übernommen hat und die Westbank von Fatah „regiert" wird, entwickelt sich in Palästina eine Dynamik der politischen Fragmentierung, die eine zwar oft beschworene, aber (bislang) immer wieder gescheiterte Versöhnung kaum realistisch erscheinen lässt.

Der Gaza-Streifen

Der Gaza-Streifen, ein schmaler Küstenstreifen am östlichen Rand des Mittelmeers, ist mit ca. 1,5 Mio. Einwohnern (davon leben ca. 500.000 in Flüchtlingslagern) das größte Freiluftgefängnis der Welt. Zwar haben sich die israelische Besatzungsmacht und jüdische Siedler im Sommer 2005 aus dem Gaza-Streifen zurückgezogen, doch die Besatzung hat sich seitdem in eine Belagerung gewandelt. Israel kontrolliert alle Zugänge zu dem Landstrich. Wiederkehrender Raketenbeschuss von radikalen palästinensischen Widerstandsgruppen auf den Süden Israels war für die israelische Regierung immer wieder Anlass für militärische Interventionen, Artilleriebeschuss und Bombardements. Eine seit Jahren andauernde israelische Blockade hat die ökonomische und soziale Infrastruktur weitgehend zerstört: Ca. 80 % der Bevölkerung sind auf ausländische Lebensmittelhilfe angewiesen. Israel erlaubte nur den Import eines „humanitären Minimums". Im Anschluss an den spektakulären Versuch einer internationalen „Friedensflotte für Gaza", Ende Mai 2010 die Blockade zu durchbrechen, versprach die israelische Regierung auf internationalen Druck zwar eine Lockerung der Blockade, doch die bislang verfügten Erleichterungen haben die Lebenssituation in Gaza nicht grundlegend geändert und insbesondere den nach dem Gaza-Krieg dringend erforderlichen Wiederaufbau kaum in Gang gesetzt. Die politische Isolations- und wirtschaftliche Strangulierungspolitik Israels sollte Hamas schwächen. Doch fast vier Jahre nach der blutigen Machtübernahme hat sich diese Strategie als kontraproduktiv erwiesen. Hamas hat seine Macht konsolidiert. Die „Regierung" unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Haniyeh (Hamas) hat faktisch die politischen Gegner ausgeschaltet und den Verwaltungs-, Sicherheits- und Justizapparat sowie das Bildungswesen regimetreu besetzt. Gleichzeitig betreibt sie eine langsame, aber stetige Islamisierung der Gesellschaft. Die politische Ächtung der Hamas und die Duldung der völkerrechtswidrigen Blockade durch die westliche Staatengemeinschaft haben dazu geführt, dass sich innerhalb von Hamas die radikalen Kräfte weitgehend durchsetzen konnten. Gemäßigte Hamas-Vertreter, die ihre Bereitschaft zu einem längerfristigen Waffenstillstand mit Israel erklärten, sind an den Rand gedrängt worden.

Die Westbank

Eine andere Richtung nahm die Entwicklung in der Westbank, in der Präsident Abbas (Fatah) und Ministerpräsident Fayyad (Unabhängig) die Autonomieverwaltung anführen. Im Gegensatz zum Boykott Gazas gewähren die westlichen Staaten seit Jahren den ca. 2,4 Mio. Bewohnern des Westjordangebiets erhebliche finanzielle Unterstützung – mit dem Ziel, dass sich in der Westbank blühende Landschaften und im Gaza-Streifen Chaos ausbreiten, und in der Hoffnung, dass sich die Palästinen-

Homophobie – daran kann man sterben.

ser dann bei den nächsten Wahlen gegen Hamas entscheiden und die gemäßigten Kräfte unter der Führung von Fatah unterstützen. Zwar werden die Menschenrechte der Palästinenser auch auf der Westbank durch die israelische Besatzung weiterhin verletzt, doch sind in der Westbank Anzeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs erkennbar, wenn auch noch immer nicht der Zustand des Jahres 2000, also vor Beginn der Zweiten Intifada, erreicht worden ist. Auch sind in palästinensischen Städten wieder Sicherheit und Ordnung eingekehrt, aber oppositionelle Demonstrationen werden unterbunden und politische Gegner verfolgt. Hinter der aufpolierten Fassade verbirgt sich in Ramallah eine zunehmend autoritär agierende „Regierung", der es an demokratischer Legitimation mangelt und die gerade einmal in 40 % des Gebiets Einfluss hat. Israel hat sich die Kontrolle über den größten Teil des Landes vorbehalten. So stellt die Westbank faktisch ein internationales Protektorat in Rest-Palästina dar – abhängig von finanzieller Unterstützung aus dem Ausland und dem Wohlwollen der israelischen Besatzungsmacht.

Bis auf die Palästinenser, die unter Besatzung und Belagerung täglich leiden, können offenbar alle mit diesem Zustand gut leben.

Auf der politischen Wunschliste der Palästinenser stehen das Ende der Besatzung und der politischen Spaltung an erster Stelle. Die Interessen der islamistischen „Teilregierung" in Gaza sowie der Fatah-„Teilregierung" in Ramallah sind stärker darauf gerichtet, ihre jeweilige Macht zu sichern, als einen nationalen Versöhnungsprozess voranzutreiben. Politische Strategien zur Überwindung der Spaltung sind nicht erkennbar. Auch internationale Bemühungen, einen Friedensprozess wieder in Gang zu setzen, sind nicht erkennbar. Zum mangelnden Interesse an einer dauerhaften Friedensregelung gesellt sich in den USA, der EU und dem Nahost-Quartett angesichts der hartnäckigen Verweigerung eines Siedlungsstopps durch Israel auch Ratlosigkeit. So herrscht allenthalben politische Lähmung! Bis auf die Palästinenser, die unter Besatzung und Belagerung täglich leiden, können offenbar alle mit diesem Zustand gut leben. So bleibt zu befürchten, dass auch durch die geplante Staatsgründung weder die Besatzung beendet noch die Spaltung überwunden wird.

Christian Sterzing

Rechtsanwalt, Pädagoge, Publizist, lebte von 2004 bis 2009 in Jerusalem und leitete das Regionalbüro der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah.